

VOLKSBLATT | SPLITTER

«Der Pianist» grosser Sieger

PARIS – Roman Polanskis Holocaust-Drama «Der Pianist» ist mit sieben Auszeichnungen der grosse Sieger bei der Verleihung des französischen Filmpreises Cesar. Das bereits bei den Filmfestspielen in Cannes mit der Goldenen Palme prämierte Werk erhielt am Samstagabend unter anderem die Trophäe als bester Film, für die beste Regie und den besten Hauptdarsteller (Adrien Brody). Die auf Englisch gedrehte Geschichte eines Klavierspielers, dem die Flucht auf dem Warschauer Ghetto gelingt, ist für sieben Oscars nominiert, die in einem Monat in Hollywood vergeben werden. In der Kategorie bester ausländischer Film gewann der amerikanische Dokumentarfilm «Bowling for Columbine» – darin beschreibt Michael Moore die Allgegenwart der Gewalt in der Gesellschaft der USA. Ehren-Cesars erhielten US-Regisseur Spike Lee und Oscar-Preisträgerin Meryl Streep.

Schuldfrage weiter ungeklärt

WASHINGTON – Drei Tage nach der Brandkatastrophe in den USA mit fast hundert Toten ist die Schuldfrage weiter ungeklärt. Die Behörden in Rhode Island versuchten herauszufinden, wer die Erlaubnis für das Bühnenfeuerwerk gab, das die Ursache der Katastrophe war. Gestern durften nach Medienberichten die Angehörigen der Opfer erstmals den Unglücksort besuchen, um ihrer Verwandten zu gedenken. Bis Sonntagvormittag (Ortszeit) wurden erst 96 der meist jungen Opfer identifiziert. Ihre Leichen sind zum Teil stark verkohlt. Der Brand war während eines Rockkonzerts am Donnerstag durch ein ausser Kontrolle geratenes Feuerwerk auf der Bühne des Clubs in der Stadt West Warwick entstanden. Nach Medienberichten breiteten sich die Flammen sehr schnell aus. Drei Minuten nach Beginn der Show stand das ganze Gebäude in Brand.

Konsequenzen gefordert

MADRID – Drei Monate nach der Havarie des Tankers «Prestige» vor der nordspanischen Küste haben mehr als 100 000 Menschen in Madrid politische Konsequenzen gefordert. Niemand übernehme die Verantwortung für die Katastrophe, klagte der sozialistische Oppositionsführer José Luis Rodríguez Zapatero am Sonntag vor Journalisten. Die Regierungen in Madrid und der betroffenen Region Galicien müssten drei Monate nach der Havarie endlich die «Wahrheit» sagen, forderte die Protestbewegung «Nunca Mais» («Nie wieder»), die zu der Demonstration aufgerufen hatte. Nach Angaben der Polizei gingen 100 000 Menschen auf die Strasse, die Veranstalter sprachen von mehreren Hunderttausend.

Abkommen vor Abschluss

Türkei und USA verständigen sich auf Truppenstationierung

ANKARA – Das Abkommen über eine Stationierung amerikanischer Truppen in Irak steht vor dem Abschluss. Der türkische Aussenminister Yasar Yakis erklärte am Sonntag, das Parlament werde wahrscheinlich schon am Dienstag über das Papier abstimmen.

Bis dahin seien noch 15 Fragen zu den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedingungen einer Stationierung zu klären. Beide Seiten nahmen ihre Gespräche am Sonntag in Ankara wieder auf. Die türkische Regierung macht eine Zustimmung zur Stationierung von US-Soldaten in der Türkei von der schriftlichen Zusage Washingtons zu einem milliardenschweren Hilfspaket abhängig.

Forderung nach Krediten

Aus türkischen Regierungskreisen verlautete am Samstag, die türkische Forderung nach Krediten und Ausgleichszahlungen in Höhe von 15 Milliarden Dollar stehe im Mittelpunkt der Vereinbarung. Yakis wies Berichte zurück, wonach ein Abkommen wegen der Höhe der türkischen Forderung bislang nicht unterzeichnet worden sei. Mitarbeiter der amerikanischen Regierung bestätigten am Samstag, dass eine Übereinkunft erzielt wor-



Der türkische Aussenminister Yasar Yakis erklärte, das Parlament werde wohl morgen über das Abkommen über eine Stationierung amerikanischer Truppen in Irak abstimmen.

den sei. Aus dem US-Verteidigungsministerium verlautete, die Streitkräfte wollten vielleicht schon am Dienstag mit der Stationierung von Truppen in der Türkei beginnen.

Schaden beginnt mit Krieg

Yakis erklärte, die Türkei bitte um einen sofortigen Brückenkre-

dit, sobald der Krieg beginne. Ein Hilfspaket müsse zunächst der US-Kongress genehmigen, was Wochen dauern könne. Der Schaden für die türkische Wirtschaft beginne jedoch bereits mit Anfang des Krieges. Strittig seien noch das Kommando über die türkischen Truppen, die im Kriegsfall in den Norden Iraks eindringen, die Ent-

waffnung kurdischer Gruppen in Irak und die Kontrolle über die Ölfelder Kirkuk und Mosul. Die irakischen Felder dürfen keinesfalls in die Hände kurdischer Gruppen fallen, sagte Yakis.

Die USA wollen bei einem möglichen Irak-Krieg von der Türkei aus eine zweite Front im Norden eröffnen.

Bagdad prüft Ultimatum

Noch keine Entscheidung über Raketenzerstörung

NEW YORK/BAGDAD – Irak hat noch keine Entscheidung über die von UN-Inspektor Hans Blix geforderte Raketenzerstörung getroffen.

Nach Angaben des irakischen Verbindungsoffiziers zu den Vereinten Nationen prüft Bagdad die Aufforderung. Blix stellte Irak ein Ultimatum bis nächsten Samstag, mit der Zerstörung der Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern zu beginnen. Heute wollen die USA und Grossbritannien eine Resolution in den UN-Sicherheitsrat einbringen, die einen Krieg legitimieren soll. General Hossam Mohamed Amin sagte: «Wir bemühen uns ernsthaft um eine Lösung.» Irak habe nicht erwartet, dass die Inspektoren die

Zerstörung der El-Samud-2-Raketen fordern würden. Er sei aber zuversichtlich, dass Probleme

«ohne Einmischung der Amerikaner oder der Briten» gelöst werden könnten. Nach Schätzung von UN-

Inspektoren verfügt Saddam Hussein über 100 bis 120 El-Samud-2.

«Ernstere Konsequenzen»

US-Präsident George W. Bush erklärte unterdessen, in dem angekündigten Resolutionsentwurf werde «in klaren und einfachen Worten» dargelegt, dass «Irak sich nicht an die Resolution 1441 hält». Dies würde den USA und Grossbritannien die Möglichkeit geben, die in der UN-Resolution 1441 angeordneten «ernsten Konsequenzen» einzuleiten. Für eine Verabschiedung müssen neun der 15 Ratsmitglieder zustimmen. Als sicher gilt nur die Zustimmung Spaniens und Bulgariens. Die drei ständigen Sicherheitsratsmitglieder Frankreich, Russland und China haben ein Veto-Recht.



UN-Inspektor Blix hat Irak zur Raketenzerstörung aufgefordert.

Aufnahme gefunden

Scharon holt Nationalreligiöse Partei

JERUSALEM – Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon hat die Nationalreligiöse Partei in seine neue Regierung aufgenommen.

Ein Sprecher seines Likud-Blocks erklärte, die NRP werde nach Absprache zwei Ministerien erhalten. Gemeinsam mit der ultranationalistischen NRP und der säkularen Zentrumspartei Schinui würde der Likud über eine knappe Mehrheit von 61 Sitzen im Parlament verfügen. Die NRP spricht sich für die Expansion jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und gegen einen palästinensischen Staat aus. Damit scheint Scharon seine Be-

mühungen, die moderate Arbeitspartei in eine Koalition einzubinden, endgültig aufgegeben zu haben.



Ein Kampfende ist nicht in Sicht.

Schwere Kämpfe

Im Gazastreifen starben 9 Menschen

BEIT HANUN – Bei schweren Kämpfen zwischen Israelis und Palästinensern im Gazastreifen sind am Sonntag neun Menschen getötet worden.

Bei einem Panzervorstoss israelischer Truppen in die Ortschaft Beit Hanun wurden sechs Palästinenser getötet. Drei weitere Tote gab es bei Kämpfen in der Nähe der jüdischen Siedlung Nezarim und im Flüchtlingslager Chan Junis. Dort starben ein israelischer Soldat und zwei Palästinenser.

Bei dem Panzervorstoss nach Beit Hanun wurden 28 weitere Palästinenser nach Angaben von Klinikmitarbeitern verletzt. Panzer

blockierten alle Zufahrtstrassen und zerstörten die Häuser von fünf mutmasslichen Mitgliedern radikaler palästinensischer Organisationen.

Die Militäraktion wurde von Kampfhuschraubern aus der Luft unterstützt. Bei der Zerstörung eines Hauses trafen die Truppen erstmals auf ernsthaften Widerstand. Die Familie eines getöteten mutmasslichen Mitglieds der Organisation Islamischer Dschihad verschanzte sich in dem Haus. Die sieben Personen warfen Granaten und schossen auf die israelischen Soldaten. Nach vier Stunden gaben sie auf und räumten das Gebäude, das daraufhin zerstört wurde.

VOLKSCARD

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen!

Jetzt das

VOLKSBLATT

abonnieren:

13 Monate für
CHF 189.– inkl.

VOLKSCARD

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
Abonnent
von Vorzugspreisen